Clemens August Wurm

Internationale Kartelle und die deutsch-französischen Beziehungen 1924–1930: Politik, Wirtschaft, Sicherheit

Internationale Kartelle bildeten während der Zwischenkriegszeit eine wichtige Struktureinheit der Weltwirtschaft. Im internationalen System und in der Außenpolitik einzelner Länder nahmen sie einen wichtigen Platz ein¹. Auch von deutschen und französischen Unternehmen wurden zahlreiche Kartellvereinbarungen geschlossen.

Die internationalen Kartelle jener Zeit waren keine bilaterale deutsch-französische Angelegenheit. An ihnen waren Unternehmen anderer Länder beteiligt. Sie lassen sich angemessen nur im europäischen oder globalen Rahmen analysieren. Allerdings fanden die Abmachungen zwischen Deutschland und Frankreich bereits in den zwanziger Jahren bei Zeitgenossen besondere Beachtung. Vor dem Hintergrund der konfliktreichen Geschichte beider Länder und des wechselseitigen Hasses im Ersten Weltkrieg weckten sie Erstaunen. Sie wurden als Ausdruck verbesserter Beziehungen und gegenseitiger Kooperationsbereitschaft gewertet. Frankreich und Deutschland wurde eine Vorreiterrolle bei der Kartellbildung als Kern einer politischen und wirtschaftlichen Organisation Europas zugewiesen. „N'est-il pas frappant“, hieß es 1930 in der *Revue de Paris*, „que, dans l'Europe d'après-guerre, alors que les susceptibilités politiques restaient entières, que chaque Gouvernement s'appliquait à maintenir jalousement son indépendance, que les formules d'ententes politiques les plus timides n'arrivaient à recueillir l'assentiment des parties contractantes qu'après la réunion de multiples conférences ou des échanges de notes indéfinis, au contraire les ententes industrielles se multipliaient sous l'influence directe des deux pays qui avaient joué dans la guerre les deux rôles prépondérants – l'Allemagne et la France – témoignant ainsi de la reconnais-

¹ *Dominique Barjot* (Hrsg.), *International Cartels Revisited, 1880–1980* (Caen 1994); *Akira Kudo, Terushi Hara* (Hrsg.), *International Cartels in Business History* (The International Conference on Business History 18, Proceedings of the Fuji Conference, Tokio 1992); *Clemens A. Wurm* (Hrsg.), *Internationale Kartelle und Außenpolitik. Beiträge zur Zwischenkriegszeit* (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Beiheft 23, Stuttgart 1989).

sance de solidarités économiques étroites entre ces pays, d'un apaisement progressif des esprits, d'un désir réciproque d'accord et de collaboration.“² Historiker betrachten heute die Kartelle der Zwischenkriegszeit (besonders das Stahlkartell) als Vorläufer der westeuropäischen Integration nach 1945³. Von Teilen der neueren Forschung werden sie gar als Manifestation „europäischer wirtschaftlicher Solidarität“ und als Medium oder Etappen auf dem Weg zur Herausbildung eines „europäischen Bewußtseins“ im 20. Jahrhundert gedeutet⁴.

Welche Rolle spielten internationale Kartelle während der Ära Briand-Stresemann in den politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich? Bildeten sie das wirtschaftliche Gegenstück zur politischen Entspannung jener Jahre? Welches Gewicht kam Erwägungen nationaler Sicherheit zu? Wie stark war die „nationalistische“ Seite internationaler Kartelle? Wenn in diesem Beitrag die politische Dimension internationaler Kartelle betont wird, bedeutet das nicht, daß politische Faktoren als ausschlaggebendes oder gar einziges Motiv für die Kartellbildung betrachtet werden. Internationale Kartelle verdanken in der Regel ihre Entstehung privatwirtschaftlicher Initiative. Sie sind Instrumente der Unternehmen zur Regulierung und Kontrolle der Märkte. Die Wirtschafts- und Industriebeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sind jedoch stets in hohem Maße durch das politische Verhältnis beeinflusst worden. Das gilt auch für die internationalen Kartelle.

I.

Versuche, privatwirtschaftliche Abmachungen zwischen der deutschen und der französischen Industrie abzuschließen, setzten bereits früh nach dem Ersten Weltkrieg ein. So plädierte Louis Loucheur, Minister für industriellen Wiederaufbau und selbst Industrieller, 1919 für einen Stahlpakt zwischen den Produzenten Frankreichs, Deutschlands, Belgiens und Luxemburgs. Im Rahmen des Wiesbadener Abkommens vom 6./7. Oktober 1921 suchte er über Sachlieferungen eine enge industrielle Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich zu verwirklichen. Kartellvereinbarungen zwischen beiden Ländern sind jedoch bis 1924 zumeist an den beiderseitigen Spannungen und Gegensätzen gescheitert. Die ab 1924 betriebene Politik des Ausgleichs und der Annäherung – Dawes-Plan, Locarno-Verträge, Eintritt Deutschlands in den Völkerbund – schuf jedoch ein

² *Louis Marlio*, Les ententes industrielles, in: *La Revue de Paris* (15. 2. 1930) 823–852, hier 850–851.

³ Statt vieler Nachweise *John Gillingham*, Coal, Steel, and the Rebirth of Europe, 1945–1955. The Germans and French from Ruhr Conflict to Economic Community (Cambridge 1991).

⁴ *Eric Bussière*, *Michel Dumoulin*, L'émergence de l'idée d'identité économique européenne d'un après-guerre à l'autre, in: *René Girault* (Hrsg.), Identité et conscience européennes au XXe siècle (Paris 1994) 67–105; *René Girault*, Chronologie d'une conscience européenne au XXe siècle, in: *ibid.* 171–201.

Klima und einen politischen Rahmen, die Vereinbarungen zwischen der deutschen und der französischen Industrie erleichterten. Die deutsch-französischen Kartellvereinbarungen jener Zeit sind im Zusammenhang mit dem deutsch-französischen Handelsvertrag vom August 1927, der Intensivierung der Handelsbeziehungen und der Zunahme gesellschaftlicher Kontakte zwischen beiden Ländern ab 1924 zu sehen. Das wird im folgenden nicht eigens ausgeführt, ist aber zu berücksichtigen. Hier muß der Hinweis genügen⁵.

Die Motive und Triebkräfte für die Bildung von Kartellen waren überaus unterschiedlich, wie auch die Kartelle selbst eine enorme Vielfalt aufwiesen. Es gab gemeinsame, verbindende Ziele wie bessere Preise und Gewinne; andere waren national spezifisch und variierten zwischen beiden Ländern, von Branche zu Branche und von Unternehmen zu Unternehmen. Produktionstechnische Gegebenheiten (bei Stahl oder Aluminium) spielten ebenso eine Rolle wie das Bestreben, den durch den Krieg, die Friedensverträge oder die Währungsturbulenzen der Nachkriegsjahre veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen, alte Handelsbeziehungen wiederherzustellen und ein neues politisches und wirtschaftliches Gleichgewicht in Europa zu begründen. Bei den Industriellen war die Ansicht verbreitet, die Politik habe versagt und es nach dem Kriege nicht verstanden (Reparationen, deutsch-französischer Antagonismus, Ruhrbesetzung usw.), stabile Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln zu schaffen. Angesichts des Versagens „der Politik“ fühlte sich „die Wirtschaft“ aufgerufen, die Regelung ihrer Probleme selbst in die Hand zu nehmen. Privatwirtschaftliche Absprachen wurden als Weg betrachtet, sich von den Wechselfällen der internationalen Politik oder von staatlichen Zwängen zu befreien und Autonomie zurückzugewinnen. Wichtig war das Bestreben, mit dem Problem der Überkapazitäten fertig zu werden (Stahl, Farbstoffe, Stickstoff), in der Zwischenkriegszeit vielleicht der wichtigste Grund für die internationale Kartellierung überhaupt. Deutschland gilt generell als das Land der Kartelle, und oft ging die Initiative zu internationalen Absprachen von deutschen Unternehmen aus. Doch auch in Frankreich wurden die Kartelle befürwortet. Hierfür mag das Heraufkommen einer „neuen“, aus den *grandes écoles* und den *corps d'Etat* hervorgegangenen Unternehmerschicht ab Ende des 19. Jahrhunderts von Bedeutung gewesen sein. Der progressive Flügel der Unternehmerschaft in den neuen Wachstumsindustrien (Chemie, Elektrometallurgie) sah in Absprachen eine Methode, Angebot und Nachfrage in Einklang zu bringen und die industrielle Entwicklung auf internationaler Ebene zu planen. Entscheidend war die Natur des Patronats aber nicht⁶. Die Zwischenkriegszeit

⁵ Als Überblick *Clemens A. Wurm*, Deutsche Frankreichpolitik und deutsch-französische Beziehungen in der Weimarer Republik 1923/24–1929: Politik, Kultur, Wirtschaft, in: *Klaus Schwabe, Francesca Schinzinger* (Hrsg.), Deutschland und der Westen im 19. und 20. Jahrhundert. Teil 2: Deutschland und Westeuropa (Stuttgart 1994) 137–156.

⁶ *Richard F. Kuisel*, Capitalism and the State in Modern France. Renovation and Economic Management in the Twentieth Century (Cambridge 1981); *ders.*, Ernest Mercier. French Technocrat (Berkeley 1967); *Maurice Lévy-Leboyer*, Innovation and Business Strategies in Nineteenth- and Twentieth-Century France, in: *Edward C. Carter et al.* (Hrsg.), Enterprise

war ganz generell die Blütezeit der internationalen Kartelle. Während sie heute als schädlich betrachtet werden, wurden sie in der Zwischenkriegszeit weithin akzeptiert und begrüßt. In der europäischen Wirtschafts- und Unternehmenskultur scheinen Kartelle tief verankert.

Die hier untersuchten internationalen Kartelle sind in der Regel mit Zustimmung oder Förderung der Regierungen Frankreichs und Deutschlands zustande gekommen. Ihre Bildung war eng mit der Außen- und Wirtschaftspolitik beider Länder verknüpft. Regionale, geologische und wirtschaftliche Gegebenheiten, das Interesse von Industrie und Handel an Absprachen über Preise und Märkte oder der von den Zeitgenossen immer wieder betonte komplementäre Charakter der Volkswirtschaften beider Länder sollten zur Verbesserung der politischen Beziehungen und zum Aufbau einer stabileren europäischen Ordnung genutzt werden. Von wirtschaftlicher Interdependenz und Zusammenarbeit in Kartellen wurden – in neo-funktionalistischer Weise – die Dämpfung zwischenstaatlicher Konflikte und positive Wirkungen auf das bilaterale Verhältnis erwartet. „Bonds are forged and strengthened and the two trade systems learn, every day, to work together.“⁷

Wirtschaftliche Verflechtung bildete ein zentrales Element der Westpolitik des deutschen Außenministers Gustav Stresemann⁸. Stresemann sah in der Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich den Eckstein für die Entwicklung Europas und betrachtete die wirtschaftliche Verständigung als grundlegend für eine europäische Staatenordnung. Über die Weltwirtschaft wollte Deutschland unter Stresemann in die Weltpolitik zurückkehren⁹. Internationale Kartellvereinbarungen sollten der deutschen Industrie neue Absatzmöglichkeiten eröffnen und ihre Stellung auf dem Weltmarkt stärken. Privatwirtschaftliche Vereinbarungen zwischen der deutschen und der französischen Industrie, so ein wichtiges Kalkül, erlaubten die Regelung von Fragen (bei Stahl, im Chemiebereich), die zwischen beiden Regierungen strittig oder schwer lösbar waren und erleichterten den Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrages. Den Abschluß des internationalen Stahlkartells hat Stresemann emphatisch als Verwirklichung einer „Lebensaufgabe“ begrüßt¹⁰.

and Entrepreneurs in Nineteenth- and Twentieth-Century France (Baltimore 1976) 87–135; ders., Le patronat français, 1912–1973, in: *Maurice Lévy-Leboyer* (Hrsg.), *Le patronat de la seconde industrialisation* (Paris 1979) 137–188; *Odette Hardy-Hemery*, Une limite au libéralisme intégral? Ententes et cartels dans le monde au XIXe et dans le premier tiers du XXe siècle, in: *Revue du Nord* 75 (1993) 319–341. Zu den Vertretern des „neuen“ Patronats gehörten Mercier, Marlio oder Duchemin (zu Marlio und Duchemin siehe weiter unten in diesem Beitrag).

⁷ *Jacques Seydoux*, France and Germany, in: *The Times*, 15. März 1928, 15–16. „That is“, kommentierte *The Times* diesen Passus polemisch, aber sachlich zutreffend, „the sincere milk of Cobdenism, a doctrine not commonly favoured in France“, ebd.

⁸ Vgl. *Peter Krüger*, Die Außenpolitik der Republik von Weimar (Darmstadt 1985).

⁹ Vgl. *Werner Link*, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–32 (Düsseldorf 1970).

¹⁰ Artikel für das Berliner Tageblatt, 2. Oktober 1926, 1 („Zusammenarbeit statt Wettbewerb“); Entwurf Eisenlohr: PA AA Handakten Ritter, Eisenverhandlungen, Frankreich, Bd. 1. – Zur zunehmend kritischeren Einschätzung internationaler Kartelle (auch des Stahl-

Frankreichs Außenminister Aristide Briand hat wiederholt wirtschaftliche Abmachungen als die „beste Nahtstelle zwischen Völkern für den Frieden“ und die Verflechtung von Interessen als die „beste Sicherung“ gegen den Krieg bezeichnet¹¹. Mit Briands viel beschworenem Idealismus hatte das aber wenig zu tun. Absprachen mit der deutschen Industrie dienten aus seiner Sicht den nationalen Interessen Frankreichs. Über wirtschaftliche Zusammenarbeit sollten das Verhältnis zwischen beiden Ländern stabilisiert und Frankreichs Sicherheit gewährleistet, der wirtschaftliche Ausgleich als Motor für Verständigung und Frieden genutzt werden. Briand hat mit Nachdruck den Abschluß von Kartellvereinbarungen zwischen der französischen und der deutschen Industrie gefördert und die Abmachungen wiederholt als Erfolg seiner Politik gewertet. In einem Schreiben an das Handelsministerium vom 20. November 1925 führte er programmatisch aus: „J'attache le plus grand intérêt, ainsi que vous le savez, à la conclusion d'ententes internationales qui, en facilitant les relations économiques, servent la cause de la paix.“¹²

Wenngleich Briands Zielsetzung essentiell außenpolitischer Art war, spielten wirtschaftliche Beweggründe und Erwägungen der inneren Politik eine wichtige Rolle. Die an wirtschaftlicher Verständigung, an Handel und Abmachungen mit Deutschland interessierten Kreise waren eine starke Stütze seiner Politik.

Auch Jacques Seydoux, Wirtschaftsfachmann und Leiter der handelspolitischen Abteilung des Quai d'Orsay, hat die Verdichtung der Wirtschaftsbeziehungen und Vereinbarungen zwischen der deutschen und der französischen Industrie unterstützt. Die Motive waren bei ihm jedoch anders gelagert als bei Briand. Bei Seydoux spielte die Erwartung eine Rolle, über die Kartelle Einblicke in die Ambitionen und in die Ziele deutscher Industrieller zu gewinnen und Einfluß auf ihre Planungen zu nehmen. Seydoux betrachtete die deutsche Industrie als die „force motrice“ der deutschen Gesellschaft. Mißtrauisch gegenüber ihren weit ausholenden Zielen der Dominanz in Europa und skeptisch gegenüber der deutsch-französischen Verständigungspolitik hoffte er, die Bewegungen der deutschen Industrie wenn nicht lenken, so doch kanalisieren zu können und wollte doch von ihrer Dynamik zum Nutzen Frankreichs profitieren¹³. Bei aller Bejahung der wirtschaftlichen Annäherung, zu der er keine Alternative sah, fürchtete er – wie Daniel Serruys vom Handelsministerium –, in ökonomische und politische Abhän-

kartells), insbesondere im Reichswirtschaftsministerium, siehe *Matthias Schulz*, Deutschland, der Völkerbund und die Frage der europäischen Wirtschaftsordnung 1925–1933 (Hamburg 1997) Kap. II.

¹¹ Briand vor den Ausschüssen der Kammer für Heer und Auswärtige Angelegenheiten, 19. 12. 1925; Briand vor dem Auswärtigen Ausschuß der Kammer, 23. 4. 1926; Archives de l'Assemblée Nationale, Commission des Affaires Étrangères; ausführlich *Clemens A. Wurm*, Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924–1926 (Frankfurt a. M. 1979) Kap. V, 4 („Annäherung über die Wirtschaft“).

¹² AN (Archives Nationales), F12/8866 (Ministère de Commerce).

¹³ Besonders aufschlußreich hierfür die Aufzeichnungen von Seydoux vom 15. 6. 1926, 25. 10. 1926 und 23. 11. 1926; MAE, Série Z-Allemagne 389 und 400 (Archiv des Quai d'Orsay).

gigkeit von Deutschland als dem industriell überlegenen Partner zu geraten. Er wollte den engen wirtschaftlichen Schulterschuß mit Deutschland aus außen- und sicherheitspolitischen Erwägungen nicht ohne Großbritannien tun: „Any Franco-German *entente* on the economic plane should have as its corollary a still closer *entente* between France and Great Britain.“¹⁴

Der entschiedenste Vorkämpfer internationaler Kartelle war Louis Loucheur. Er hat in zahlreichen Reden, im Rahmen des Völkerbundes ab September 1925 und auf der vom Völkerbund einberufenen Weltwirtschaftskonferenz 1927 einen unermüdlichen Feldzug für internationale Kartelle geführt. In der Konzeption Loucheurs erfüllten internationale Kartelle mehrere Funktionen. Für ihn bildeten sie den Eckstein einer neuen europäischen Handelsordnung und das Medium der wirtschaftlichen und politischen Organisation Europas¹⁵. Sie waren ein Mittel, die deutsche und die französische Industrie zu verbinden. Abmachungen der Produzenten über einzelne Produkte sollten einen Abbau des Protektionismus und eine Reduzierung der Zölle ermöglichen (und Zölle schließlich überflüssig machen). Sie sollten es erlauben, im Rahmen einer regulierten Wirtschaft „organisierten Freihandel“ und Unterschiede in den nationalen Produktionsbedingungen zu verknüpfen¹⁶. Die um deutsche und französische Unternehmen zentrierte wirtschaftliche Organisation Europas in internationalen Kartellen sollte – als Kern eines kontinentaleuropäischen Blocks – Europa die kritische wirtschaftliche Masse für die Selbstbehauptung des Kontinents gegenüber den USA verschaffen.

Es ist anzunehmen, daß Loucheur in der Kartellfrage die Haltung Briands beeinflusst hat, der mit wirtschaftlichen Dingen wenig vertraut war. Briands Politik zielte darauf, das Gewicht Frankreichs und Europas gegenüber den USA zu stärken, und vermutlich hat er auch Loucheurs gegen die USA gerichtete Stoßrichtung der Kartelle geteilt¹⁷. Bei seinem Europaplan von 1929/30 haben solche Mo-

¹⁴ Jacques Seydoux, France and Germany, in: The Times, 15. März 1928, 15–16.

¹⁵ Stephen D. Carls, Louis Loucheur and the Shaping of Modern France 1916–1931 (Baton Rouge 1993); Eric Bussière, La France, la Belgique et l'organisation économique de l'Europe 1918–1935 (Paris 1992) 3. Teil; ders., La SDN, les cartels et l'organisation économique de l'Europe durant l'entre-deux-guerres, in: Barjot (Hrsg.), International Cartels 273–283; Louis Loucheur, Carnets secrets 1908–1932, présentés et annotés par Jacques de Launay (Bruxelles 1962) 158ff.

¹⁶ Loucheurs produktbezogene Vorstellungen von „organisiertem Freihandel“ bzw. einer „Organisation des Marktes“ ähneln in manchem den französischen Vorschlägen für eine europäische Handelsordnung nach dem Zweiten Weltkrieg. Zu den diesbezüglichen Vorstellungen vgl. Gérard Bossuat, La France, l'aide américaine et la construction européenne 1944–1954, Bd. 2 (Paris 1992) Kap. XVI; ders., L'Europe des Français 1943–1959. La IVe République aux sources de l'Europe communautaire (Paris 1997) 89ff., 151ff.; Frances M. B. Lynch, France and the International Economy. From Vichy to the Treaty of Rome (London 1997) 110ff.

¹⁷ Ob und inwieweit eine gegen die USA gerichtete Zielsetzung auch von den Industriellen Deutschlands und Frankreichs bei ihren Kartellvereinbarungen verfolgt wurde, läßt sich nur am jeweiligen Einzelfall bestimmen und bliebe zu prüfen. Es gab diese Tendenz, wie das weiter unten behandelte Kalikartell zeigt. Sie wird jedoch in der Literatur übertrieben dargestellt. Beim Rohstahlkartell spielte sie keine Rolle. Das Schienenkartell kam nicht zuletzt auf Druck amerikanischer Unternehmen zustande. Im übrigen war die US-Industrie von Beginn

tive jedenfalls eine Rolle gespielt. Dieser Kurs war am Quai d'Orsay allerdings nicht unumstritten¹⁸. Auch die deutsche außenpolitische Führung lehnte eine Frontstellung gegen die USA ab. Sie achtete unter Stresemann sorgsam darauf, ihre Außenpolitik von anti-amerikanischen und anti-britischen Tendenzen freizuhalten¹⁹. Auch in der Kartellpolitik schlug sich dies nieder. Um britische Befürchtungen vor einem gegen die britische Stahlindustrie gerichteten kontinentaleuropäischen Block zu zerstreuen, ließ das Auswärtige Amt in das Abkommen über das Internationale Stahlkartell im Juli 1926 einen Paragraphen einfügen, der den Erzeugern anderer Länder die Teilnahme ermöglichen sollte²⁰.

II.

Vor allem in zwei Sektoren – in der Stahlindustrie und der chemischen Industrie – wurden internationale Abmachungen zwischen Deutschland und Frankreich nach 1924 geschlossen²¹. Beides waren militärisch sensible Sektoren. Es waren auch die beiden Sektoren, die neben der elektrotechnischen Industrie in der Zwischenkriegszeit weltweit am stärksten kartelliert waren.

Als Musterbeispiel solcher Abmachungen ist wiederholt die Vereinbarung zwischen der deutschen und der französischen *Kali-Industrie* bezeichnet worden. Sie wurde abgeschlossen zwischen dem (von der späteren IG Farben dominierten) Deutschen Kali-Syndikat (DKS) und der Société Commerciale de Potasse d'Alsace. Im Anschluß an eine Absichtserklärung vom Mai 1924 und ein Test-Abkommen vom 12. August 1924 über die Aufteilung des US-Marktes wurde im Mai

an am Schienenkartell beteiligt. Ein von den Wirtschaftsvertretern Frankreichs und Italiens angeregter europäischer Block gegen die USA (wie auch ein kontinentaleuropäischer Block gegen Großbritannien) wurde vom Reichsverband der Deutschen Industrie abgelehnt; vgl. Bayer-Archiv, Reichsverband der Deutschen Industrie, Vorstand, vol. 3: 62/10.4 (26. April 1928).

¹⁸ *Cornelia Navari*, The Origins of the Briand Plan, in: *Diplomacy and Statecraft* 3 (1992) 74–104; *Elisabeth du Réau*, L'idée d'Europe au XXe siècle. Des mythes aux réalités (Bruxelles 1996) 97 ff.; *Laurence Badel*, Le Quai d'Orsay, les associations privées et l'Europe, in: *René Girault, Gérard Bossuat* (Hrsg.), Europe brisée, Europe retrouvée. Nouvelles réflexions sur l'unité européenne au XXe siècle (Paris 1994) 109–131.

¹⁹ *Link*, Stabilisierungspolitik; *Manfred Berg*, Gustav Stresemann und die Vereinigten Staaten von Amerika. Wirtschaftliche Verflechtung und Revisionspolitik 1907–1929 (Baden-Baden 1990); *Constanze Baumgart*, Stresemann und England (Köln 1996); *Klaus Hildebrand*, Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945 (Stuttgart 1995) 433 ff., 475 ff.; *Christian Baechler*, Gustave Stresemann (1878–1929). De l'imperialisme à la sécurité collective (Strasbourg 1996) 4.–6. Teil.

²⁰ *Karl Heinrich Pohl*, Weimars Wirtschaft und die Außenpolitik der Republik 1924–1926. Vom Dawes-Plan zum Internationalen Eisenpakt (Düsseldorf 1979) 212.

²¹ Es gab eine Reihe anderer internationaler Vereinbarungen mit deutsch-französischer Beteiligung (Stearin, Glühlampen, Waggons, Linoleum, Zink, Benzol etc.), die hier jedoch nicht berücksichtigt werden und bis auf das Glühlampenkartell von der neueren Forschung meiner Kenntnis nach auch nicht eingehend untersucht worden sind.

1925 in Paris ein umfassendes Abkommen unterzeichnet, das 1926 zu einem langfristigen Vertrag ausgebaut wurde. Das Abkommen sicherte beiden Ländern Gebietsschutz und sah eine Aufteilung der Exportquoten zwischen der deutschen und der französischen Gruppe im Verhältnis 70 zu 30 vor. Die Quote war (wie beim weiter unten behandelten Internationalen Stahlkartell) ungünstig für die deutsche Industrie. Dem DKS war jedoch an höheren Preisen gelegen, und es machte dafür Zugeständnisse bei den Mengen. Das ist offenbar durchgehend die Strategie des DKS gewesen. Für die wichtigsten Märkte wurden gemeinsame Absatzgesellschaften und gemeinsame Propaganda vorgesehen²².

Die Übereinkunft war für beide Seiten überaus attraktiv. Sie war um so lukrativer, als die deutsche und die französische Industrie vereint praktisch das Monopol bei Kali auf dem Weltmarkt besaßen, das nach einer Bemerkung des Saarindustriellen Hermann Roechling „nur durch eigene Unvernunft“ zu zerstören war²³. Deutschland war vor 1914 der einzige Lieferant von Kali auf dem Weltmarkt gewesen. Ein Teil der Gruben lag im Elsaß. Durch die Rückgliederung des Elsaß an Frankreich nach dem Krieg verlor Deutschland dieses Monopol. Nach 1919 setzte zunächst ein Preiskrieg zwischen den Unternehmen beider Länder ein. In der Inflation jedoch vermochte die deutsche Industrie die französischen Preise zu unterbieten. Dies veranlaßte die französische Seite zu einem Wandel ihrer Politik und zu Gesprächen mit dem DKS, die schließlich in den Vertrag von 1926 mündeten.

Das internationale Kali-Kartell ist wiederholt als Beweis dafür angeführt worden, daß eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland auf industriellem Sektor große Vorteile für die Industrie beider Länder mit sich bringen konnte. Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Abkommens stiegen die Kali-Preise um 50%. Auch in der großen Depression gaben die Kali-Preise nur wenig nach, wenngleich die Mengen stagnierten und der Absatz zurückging, ganz offensichtlich eine Folge der Preispolitik des Kartells. Das Internationale Kalisyndikat (IKS) verlor zwar sein Monopol, als Drittländer (Polen, SU, Spanien usw.) die Produktion von Kali aufnahmen. Die Konkurrenten wurden jedoch in der Regel in das Kartell eingegliedert. Selbst der sowjetische Kalitrust wurde 1934 Mitglied des IKS. Das IKS war eines der mächtigsten der zumeist eher fragilen internationalen Kartelle der Zwischenkriegszeit. Es war überdies eines der wenigen Kartelle, das den Lehrbüchern der Ökonomen entsprach. Es hielt künstlich die Preise hoch und beutete die Konsumenten aus – oder, wie es US-Handelsminister Hoover 1925 ausdrückte, „milked the rest of the world“²⁴. Freilich waren die Verhältnisse bei Kali für die Industrie ungewöhnlich günstig und nicht repräsentativ für andere Sektoren und Produkte.

Im Mittelpunkt des politischen Interesses stand das zum 30. September 1926

²² Harm G. Schröter, *The International Potash Syndicate*, in: *Barjot* (Hrsg.), *International Cartels* 75–92.

²³ Hermann Roechling, *Deutsche und französische Industrie*, in: *Weltwirtschaftliches Archiv* (Chronik und Archivalien) 23 (April 1926) 301.

²⁴ Zit. nach Schröter, *Potash Syndicat*, in: *Barjot* (Hrsg.), *International Cartels* 92 (auch zum Vorhergehenden).

zwischen den Stahlindustriellen Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs geschlossene Abkommen über die *Internationale Rohstahlgemeinschaft* (IRG)²⁵. Es handelte sich um ein Quotenkartell, das über die Regulierung der Gesamtproduktion und ein System von Strafzahlungen eine Stabilisierung des Marktes und eine Erhöhung der Preise anstrebte. Eine gemeinsame Preisfestsetzung war nicht vorgesehen. Form und Charakter des Kartells waren nicht nur von wirtschaftlicher, sondern auch von erheblicher sicherheitspolitischer Relevanz und zwischen der deutschen und der französischen Industrie zunächst umstritten. Die deutsche Industrie hatte anfangs für ein reines Exportkartell und für Abmachungen nur über den Export plädiert, war von dieser Vorstellung aber abgewichen und auf das französische Konzept der Kontingentierung der gesamten Rohstahlproduktion (also der Mengen sowohl für den Export wie für den Binnenmarkt) eingeschwenkt²⁶. Rohstahlkontingentierung und Sicherheitsfrage standen in einem funktionalen Zusammenhang. Durch die Rohstahlkontingentierung wurde das Produktionsniveau der deutschen Stahlindustrie an das der französischen Stahlindustrie gekoppelt, ein Davoneilen der deutschen Industrie erschwert und dem französischen Sicherheitsbedürfnis bei einem strategischen Produkt Rechnung getragen. Neben der Rohstahlgemeinschaft gab es im Stahlbereich internationale Kartelle für Schienen, Röhren und Draht.

Das Abkommen über die IRG wurde mit Begeisterung aufgenommen. Eine wahre Kartelleuphorie breitete sich auf dem europäischen Festland aus. Kartelle erschienen zeitweilig als Allheilmittel für die Probleme der Zeit. Dem Stahlkartell haftete ein Mythos an. Ihm wurde eine Vorbildfunktion für andere Sektoren zugewiesen. Nationalistischen Industriellen, die als die Verkörperung des deutsch-französischen Antagonismus galten und nach dem Kriege einen erbitterten, im Ruhrkampf gipfelnden Wirtschaftskrieg gegeneinander geführt hatten, war es ge-

²⁵ Zu den Rahmenbedingungen für Konflikt, Kooperation und Integration im schwerindustriellen Bereich, zu Hintergrund und Entstehung der IRG vgl. *Ulrich Nocken*, *International Cartels and Foreign Policy: The Formation of the International Steel Cartel 1924–1926*, in: *Wurm* (Hrsg.), *Internationale Kartelle* 33–82; *Jacques Bariéty*, *Das Zustandekommen der Internationalen Rohstahlgemeinschaft (1926) als Alternative zum „Schwerindustriellen Projekt“ des Versailler Vertrages*, in: *Hans Mommsen, Dietmar Petzina, Bernd Weisbrod* (Hrsg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik* (Düsseldorf 1974) 552–568; *Dietmar Petzina*, *Von der Konfrontation zur Integration. Die Schwerindustrie in den deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen 1900–1950*, in: *Peter Hüttenberger, Hansgeorg Molitor* (Hrsg.), *Franzosen und Deutsche am Rhein 1789–1918–1945* (Essen 1989) 161–182; *Ulrich Wengenroth*, *Partnerschaft oder Rivalität? Die Beziehungen zwischen der deutschen und der französischen Schwerindustrie vom späten 19. Jahrhundert bis zur Montanunion*, in: *Yves Cohen, Klaus Manfrass* (Hrsg.), *Frankreich und Deutschland. Forschung, Technologie und industrielle Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert* (München 1990) 321–330; *Carl Strikwerda*, *The Troubled Origins of European Integration: International Iron and Steel and Labour Migration in the Era of World War I*, in: *AHR* 98 (1993) 1106–1129.

²⁶ Vgl. *Heinz-Werner Würzler*, *Großbritanniens Interesse an der westeuropäischen Stahlverständigung und die Gründung der Internationalen Rohstahlgemeinschaft (1923/24–1926/27)* (Bochum 1991) Kap. II.

lungen, ihre Konflikte friedlich beizulegen und zu einer Verständigung zu gelangen. Die Erwartungen an die IRG wurden gesteigert, weil der Abschluß des Abkommens in etwa zeitgleich mit dem Treffen von Thoiry zwischen Briand und Stresemann und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zusammenfiel. Die IRG wurde als Teilerscheinung der von den Außenministern beider Länder inaugurierten Verständigungspolitik, als ökonomisches Gegenstück zum Locarno-Vertrag („wirtschaftliches Locarno“) und als sichtbarstes Zeichen der Beendigung des „Krieges nach dem Kriege“ gefeiert. Die Regierungen beider Länder begrüßten das Abkommen als wichtigen Schritt zum Ausgleich.

Gleichwohl gab es über die politische Reichweite des Abkommens ganz unterschiedliche Auffassungen. In den Führungszirkeln der französischen Stahlindustrie waren die außenpolitischen Implikationen und Zielsetzungen des Stahlpaktes nicht unumstritten. Im Hintergrund standen unterschiedliche Haltungen zu Deutschland und zur Politik Briands. In einer Rede vom 26. September 1926 anlässlich der Einweihung eines Denkmals zum Gedenken an die Toten in Mont-Saint-Martin warnte François de Wendel in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Comité des Forges davor, der Vereinbarung der Stahlindustriellen große politische Bedeutung beizumessen. Er lehnte das Abkommen nicht ab, wollte es aber strikt auf den ökonomischen Bereich als Versuch zur Lösung schwieriger wirtschaftlicher Probleme begrenzt wissen. Interessen des Unternehmens kollidierten mit politischen Überzeugungen. Er wandte sich gegen jeglichen Automatismus von wirtschaftlicher und politischer Entspannung wie auch gegen die in der Locarno-Ära häufig vertretene Auffassung, eine Reihe solcher Abmachungen werde den wirtschaftlichen und damit politischen Frieden sichern. „L'histoire de 1900 à 1914 est là pour nous instruire. De semblables accords avaient été conclus: qu'ont-ils empêché?“ fragte er rhetorisch. „Il faut prendre les Allemands comme ils sont, avec leurs qualités et leurs défauts.“²⁷ Damit widersprach François de Wendel nicht nur Grundannahmen der damaligen Außenpolitik; er benutzte die Ausführungen zur IRG auch als Gelegenheit, um gegen die von Briand gegenüber Stresemann in Thoiry am 17. September 1926 in Aussicht gestellten Konzessionen (vorzeitige Rheinlandräumung, Rückkauf der Saargruben usw.) Stellung zu beziehen. Mit seiner Ablehnung außenpolitischer Zugeständnisse an Deutschland wies er auch Forderungen deutscher Stahlindustrieller (Fritz Thyssen, Paul Reusch) zurück, die eine fortdauernde Besetzung des Rheinlandes als unvereinbar mit dem Geist des Stahlpaktes betrachteten und ihre Beendigung verlangten. François de Wendel, Regent der Banque de France und Abgeordneter der nationalistischen Rechtspartei Louis Marins, repräsentierte den patriotischen, antideutschen Flügel des Großbürgertums Frankreichs²⁸. Er stand der Verständigungspolitik Briands ablehnend gegenüber – im Unterschied zu Théodore Laurent, Vizepräsident des

²⁷ *Le Temps*, 30. September 1926, 3.

²⁸ *Jean-Noël Jeanneney*, François de Wendel en République. L'argent et le pouvoir 1914–1940 (Paris 1976). Sein Bruder Humbert de Wendel hatte das Abkommen über die IRG mit ausgehandelt.

Comité des Forges und Generaldirektor der Compagnie des Forges et Aciéries de la Marine et d'Homécourt. Laurent befürwortete die deutsch-französische Annäherung. Er hatte als Verhandlungsführer der französischen Gruppe das Abkommen über die IRG ausgehandelt und die Quotenverteilung als für Frankreich „sehr vorteilhaft“ bezeichnet²⁹.

Indes standen die politisch genährten Erwartungen und der, durchaus hoch zu veranschlagende, Symbolgehalt des Stahlkartells in krassem Gegensatz zu seiner Wirkungsweise, zu den realen Abläufen im Kartell und zu den Intentionen zumindest eines Teils seiner Begründer. Das Studium der Unternehmensarchive zeigt, daß die Realität im Kartell von Rivalität und Spannungen geprägt war. Es kann keine Rede davon sein, daß, wie vielfach zu lesen ist, die IRG „ohne Probleme“ funktionierte. Die Konflikte zwischen den nationalen Gruppen setzten bald nach der Gründung ein. Das lag zum einen daran, daß die deutsche Quote zu niedrig bemessen war. „The German industry had achieved the highest quota in absolute terms, but (...) compared to its potential capacity it had achieved the lowest quota.“³⁰ Sie hatte auf Druck der Vereinigten Stahlwerke (VSt), die dringend eine Stabilisierung des Marktes benötigten, Konzessionen gemacht, die von der Gutehoffnungshütte (GHH) als unvertretbar betrachtet wurden. Die GHH, im Grunde stets ein Anhänger von Abmachungen nur über den Export, hatte ohne Erfolg für Abwarten plädiert. Auf Verflechtung, Austausch, auf einen gemeinsamen Markt oder Integration im Sinne der Montanunion nach dem Zweiten Weltkrieg zielte die IRG nicht, im Gegenteil. Grundlage ihrer stets prekären Existenz war Abgrenzung und gegenseitiger Gebietsschutz, also die Sicherung des Binnenmarktes. Was unter dem Abkommen an Stahlimporten nach Deutschland hereinkam – das luxemburgisch-französische Kontingent bzw. die Quote von 6,5%, mit der Luxemburg und Frankreich am deutschen Inlandsverbrauch beteiligt wurden –, wurde von den deutschen Verkaufsverbänden übernommen und unter ihrer Regie an die Konsumenten weitergeleitet. Überspitzt formuliert, wurde Interdependenz durch die IRG nicht gefördert, sondern umgekehrt eher zerschlagen. Zu keiner Zeit übte die IRG eine effektive Kontrolle über das Marktgeschehen aus. „As an organization to restrain the total production and contain inter-member competition“, war die IRG, so Daniel Barbezat, „a failure“³¹.

Zeitgleich mit der IRG wurde zwischen den Produzenten Frankreichs, der Schweiz, Großbritanniens und Deutschlands das internationale *Aluminium-Kartell* – offizieller Name Aluminium Association – gegründet. Frankreich war einer der größten Aluminium-Produzenten der Welt. Deutschlands Industrie war demgegenüber vergleichsweise unbedeutend. Das Abkommen wurde am 11. Oktober 1926 unterzeichnet. Das Kartell (mit Sitz in der Schweiz) setzte einheitliche Verkaufspreise fest und zielte auf die Überwachung des europäischen und die Kon-

²⁹ Aufzeichnung des Quai d'Orsay vom 5. Juni 1926; MAE, Z-Allemagne 524.

³⁰ Nocken, *International Cartels*, in: Wurm (Hrsg.), *Internationale Kartelle* 73.

³¹ Daniel Pierre Barbezat, *International Cooperation and Domestic Cartel Control. The International Steel Cartel 1926–1938* (PhD Thesis, University of Illinois at Urbana-Champaign, 1988, Ann Arbor, Mich. 1988) 104.

trolle des Weltmarktes. Es sah gegenseitigen Erfahrungsaustausch vor und betrieb gemeinsame Propaganda und Forschung. Zu diesem Zwecke wurde 1927 ein eigenes Bureau International d'Etudes et de Propagande gegründet, das in den dreißiger Jahren nach Paris verlegt wurde. Die internationale Aluminium-Association erfaßte nicht alle Werke. Die wichtigsten Außenseiter waren die Aluminium Company of America (Alcoa) und kanadische Werke. Die Aluminium Ltd (Kanada) trat jedoch 1931 dem Kartell bei, das sich im gleichen Jahr neue Strukturen und einen neuen Namen (L'Alliance Aluminium Cie-A.A.C.) gab. Mit europäischen Unternehmen wurden Abmachungen getroffen, in denen sich diese zur Einhaltung der vom Kartell festgelegten Preise verpflichteten. Die A.A.C. hatte Bestand bis 1940³².

Vorsitzender des Kartells war Louis Marlio, administrateur délégué von Alais, Froges et Camargue, damals der offizielle Name von Pechiney (Elektro-Metallurgie und Elektro-Chemie). Marlio war ein entschiedener Anwalt internationaler Kartelle und Sprecher der französischen Unternehmer in dieser Frage gegenüber der Regierung. In mehreren Reden und Schriften hat er internationale Kartelle als positives Element der Weltwirtschaft und als vorteilhaft auch für den Verbraucher verteidigt. Er war seit 1927 Vertreter der Internationalen Handelskammer in der Kartellkommission des Völkerbundes und Mitverfasser der für den Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes verfaßten Denkschrift über ‚Internationale Kartelle‘ von 1930 sowie des Berichtes von 1931 über ihre wirtschaftlichen Aspekte³³. Marlio, Autor des zu Beginn dieses Aufsatzes wiedergegebenen Zitats, war ein Befürworter und Förderer von Abmachungen, insbesondere auch mit der deutschen Industrie. Er unterstützte die von Briand betriebene Annäherung an Deutschland – ungeachtet seiner Vorbehalte gegenüber Deutschland und der während der Weltwirtschaftskrise offen und unmißverständlich geäußerten Kritik am „industriellen Größenwahn“, den verderblichen Finanzoperationen und den aggressiven Handelspraktiken der Deutschen³⁴.

Ein europäisches Aluminium-Kartell hatte bereits von 1901–1908 und von 1912–1914 bestanden. Der Erste Weltkrieg hatte ihm ein Ende gesetzt. Gespräche über eine Neugründung setzten ab 1923 zwischen den Werken Frankreichs, der Schweiz und Großbritanniens ein und wurden 1924 auf die deutschen Unternehmen ausgeweitet. Über die Hintergründe, den Ablauf der Verhandlungen und die Beziehungen zwischen den Unternehmen seit dem Krieg und in der Nachkriegszeit wissen wir bislang wenig.

³² Florence Hachez, Le cartel international de l'aluminium du point de vue des sociétés françaises 1901–1940, in: Barjot (Hrsg.), International Cartels 153–162.

³³ Internationale Industrie-Kartelle. Eine wirtschaftspolitische Studie. Vorbereitet für den Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes von Antonio St. Benni, Clemens Lammers, Louis Marlio, Aloys Meyer (Berlin 1930); Rapport général sur des aspects économiques des ententes industrielles internationales (Genf 1931).

³⁴ Henri Morsel, Position idéologique et comportement politique d'un dirigeant d'une grande entreprise dans la première moitié du XXe siècle: Louis Marlio, in: Entreprises et Entrepreneurs, XIX–XXème siècles, No. 7 (1983) 339–351, 382–387.

Ein wichtiges und von informierten Zeitgenossen stark beachtetes Abkommen wurde im November 1927 von der Chemieindustrie beider Länder über *Farbstoffe* abgeschlossen. Auch bei diesem Produktbereich hat der Erste Weltkrieg für die deutsch-französischen Industriebeziehungen als Zäsur eine wichtige Rolle gespielt. Der Krieg ließ die Abhängigkeit Frankreichs von deutscher Versorgung bei militärisch wichtigen Produkten, u. a. bei Farbstoffen, die für die Herstellung von Sprengstoff benötigt wurden, offen zu Tage treten. Vor dem Krieg hatte die deutsche Farbstoffindustrie den Weltmarkt beherrscht. Etwa 90% der Weltfarbstoffproduktion stammte aus Werken der deutschen Farbstoffindustrie und ihren ausländischen Tochtergesellschaften. Ungefähr 71% des französischen Marktes teilten sich allein die deutschen Unternehmen. Es gab in Frankreich vor 1913 nur ein leistungsfähiges rein französisches Farbstoffunternehmen. Sechs der zehn französischen Farbstoffunternehmen waren Filialen der deutschen Industrie³⁵.

Angesichts der Erfahrungen im Krieg und unter dem Diktat der nationalen Verteidigung formulierten Militärs, hohe Beamte und Politiker Frankreichs eine Politik staatlicher Intervention im Chemiebereich mit neuen Zielen. Eine eigene leistungsfähige Farbstoffindustrie wurde aus militärstrategischen Gründen für erforderlich gehalten und mit staatlicher Förderung, vor allem mit einem nahezu lückenlosen Zollschutz, aufgebaut. Sicherheitspolitische Erwägungen verbanden sich aufs innigste mit wirtschaftlichen Interessen. Innerhalb weniger Jahre entwickelte sich die französische Farbstoffindustrie vom Netto-Importeur zum Selbstversorger. Vor dem Krieg 1913 hatte sich der Farbstoffumsatz der (späteren) IG Farben in Frankreich auf 6% des Gesamtumsatzes belaufen; 1926 waren es nur mehr 0,8%³⁶.

Nach dem Versailler Vertrag mußten die deutschen Werke auf ihre Auslandsvermögen verzichten und ihre Patente den Siegermächten zur Verfügung stellen. Die Reparationskommission war ermächtigt, von Deutschland Farbstofflieferungen in Höhe von 25% der Produktion zu verlangen. Auf der Londoner Konferenz von Juli bis August 1924 und in den anschließenden Verhandlungen verpflichtete sich die deutsche Regierung, Farbstoffe über den 10. Januar 1925 hinaus bis zum 18. August 1928 zu liefern³⁷. Trotz der ungünstigen Ausgangslage konnte und wollte die deutsche Farbstoffindustrie angesichts ihrer extremen Exportabhängigkeit die Auslandsmärkte nicht aufgeben. Technologische und kommerzielle Überlegenheit waren ihre Trümpfe. Da die französischen Unternehmen über die Regierung den Zugang zum französischen Markt kontrollieren konnten und Freihandel aufgrund des Strebens nach Farbstoffautarkie nicht mehr in Frage kam, suchte die deutsche Industrie sich mit den französischen Produzenten zu arrangieren. Das

³⁵ Gottfried Plumpe, Die I. G. Farbenindustrie AG. Wirtschaft, Technik und Politik 1904–1945 (Berlin 1990) 50ff.; ders., Ansätze zur Zusammenarbeit zwischen der deutschen und französischen Chemieindustrie vor und nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Cohen, Manfrass (Hrsg.), Frankreich und Deutschland 225–226.

³⁶ Plumpe, I. G. Farbenindustrie 123.

³⁷ Carl Bergmann, Der Weg der Reparationen. Von Versailles über den Dawesplan zum Ziel (Frankfurt 1926) 344 ff.

schien anfangs nicht ganz aussichtslos. 1920 wurde zwischen den Farbwerken Bayer und der 1917 zur Entwicklung der organischen Chemie vom Staat ins Leben gerufenen Compagnie Nationale des Matières Colorantes et de Produits Chimiques der sog. Gallus-Vertrag (nach den Unterzeichnern auch Duisberg-Frossard Abkommen genannt) geschlossen, in dem die deutschen Werke gegen eine einmalige Entschädigungszahlung und eine 50%ige Gewinnbeteiligung am Geschäft der CN dem französischen Unternehmen ihre Farbstofftechnologie und das künftige Know-how zur Verfügung stellten. Die CN verzichtete weitgehend auf den Export; die IG-Firmen zogen sich vom französischen Markt als Anbieter zurück³⁸. Nach der Fusion der Ets. Kuhlmann mit der CN und anderen französischen Farbstoffwerken Ende 1923 wurde das auf 50 Jahre geschlossene Abkommen 1924 von Kuhlmann jedoch aufgekündigt. Die Hintergründe dieses Schrittes sind bislang nicht erforscht; zu vermuten ist, daß die Ruhrbesetzung dabei eine Rolle gespielt hat. Versuche der deutschen Farbenhersteller, in einen direkten Handelsverkehr mit den französischen Verbrauchern (Woll-, Baumwoll-, Seidenindustrie) zu treten oder sich im Rahmen von Handelsabmachungen Exportmöglichkeiten in Frankreich zu erschließen, wurden von der französischen Regierung unterbunden. Die Pariser Regierung sah in solchen Bestrebungen den Versuch, das Abkommen über Sachlieferungen zu unterlaufen. Für Paris schien dies auch, wie der Leiter der deutschen Delegation für die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, Hans Posse vom Reichswirtschaftsministerium, im März 1927 aus Paris berichtete, als erster Schritt der deutschen Industrie, „etappenweise einen großen Zweig der französischen chemischen Industrie niederzukonkurrieren und damit einen unbedingt wesentlichen Teil der défense nationale zu attackieren, einen Teil, dessen Fehlen sich im Laufe [des] Weltkrieges für Frankreich „désastreux“ ausgewirkt hätte“³⁹. Exporte waren lediglich über ein kompliziertes Lizenzverfahren und nur bei solchen Farben möglich, die die französische Industrie nicht selbst herstellte.

Die Phase der Konkurrenz und Rivalität wurde abgelöst durch das Farbstoff-Abkommen, das am 15. November 1927 zwischen der IG Farben und der von den Ets. Kuhlmann dominierten Interessengemeinschaft – ab 1929 Centrale des Matières Colorantes (CMC) genannt⁴⁰ – geschlossen wurde. Kuhlmann hatte sich im Ersten Weltkrieg von einem regionalen zu einem nationalen Unternehmen entwickelt und war inzwischen das bedeutendste französische Farbstoffunternehmen. Das Abkommen sah gegenseitigen Gebietsschutz, eine gemeinsame Preispolitik, Propaganda und Erfahrungsaustausch vor. Es wies der IG Farben 88,5% und den französischen Unternehmen 11,5 % des gemeinsamen Farbstoffgeschäftes zu. Die französische Gruppe erhielt das Monopol für den französischen Markt (Metropole einschließlich Empire). Das Abkommen kam im Zusammenhang mit

³⁸ *Plumpe*, I.G. Farbenindustrie 121 f.

³⁹ Telegramm Posse vom 20. März 1927; Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP), Serie B: 1925–1933, Bd. V, Dok. Nr. 34, S. 77, Fn. 7.

⁴⁰ Vorläufer der CMC war die Communauté des Intérêts Français (CIF). Ihr gehörten die gleichen Unternehmen wie der CMC an.

dem deutsch-französischen Handelsvertrag vom August 1927 zustande und ist auch von der französischen Regierung gebilligt worden. Die Verhandlungen wurden von der Chemieindustrie beider Länder ausdrücklich mit dem Ziel geführt, die Handelsvertragsverhandlungen zu erleichtern. Die französische wie die deutsche Regierung drängte auf den Abschluß einer Vereinbarung, weil damit – wie bei Stahl – ein wichtiges handelspolitisches Konfliktfeld auf privatwirtschaftlichem Wege entschärft werden konnte⁴¹.

Das Abkommen zwischen der IG Farben und der französischen Gruppe trug zunächst provisorischen Charakter und wurde 1929 in ein definitives Abkommen (mit einer Laufzeit bis Dezember 1968!) umgewandelt. Ein angestrebtes „vollkommen ineinander verflochtenes und finanziell verwobenes Zusammenwirken“ der deutschen und der französischen chemischen Industrie „auf den drei großen Gebieten der Farben-, Stickstoff- und Kohlen-Verwertung“ (so der Farbenvertrag zwischen der IG und der französischen Gruppe von 1927) ist nicht zustande gekommen – nach Harm Schröter auch aufgrund des Drucks der französischen Regierung, weil der französische Anteil wegen der geringeren Bedeutung der Industrie unterhalb der Sperrminorität von 25% der Anteile gelegen hätte⁴².

Das deutsch-französische Farbstoffkartell wurde mit Einbeziehung der Schweiz 1929 zum „Dreierkartell“, 1932 mit dem Beitritt des britischen Großunternehmens Imperial Chemical Industries (ICI) zum „Viererkartell“ ausgebaut⁴³. Den Kern des Kartells bildete die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Die IG Farben und ihr Vorstandsvorsitzender Carl Bosch gehörten

⁴¹ Verena Schröter, Die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt 1929 bis 1933. Außenwirtschaftliche Strategien unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise (Frankfurt a.M. 1984) 295 ff.; Harm G. Schröter, Cartels as a Form of Concentration in Industry: The Example of the International Dyestuffs Cartel from 1927 to 1939, in: German Yearbook on Business History (1988) 113–144; ders., The International Dyestuffs Cartel, 1927–39, with Special Reference to the Developing Areas of Europe and Japan, in: Kudo, Hara (Hrsg.), International Cartels 33–52; Michel Margairaz, Les entreprises françaises des matières colorantes et l'entente européenne pendant la seconde guerre mondiale: la double dépendance, in: Barjot (Hrsg.), International Cartels 93–104.

⁴² Harm G. Schröter, Privatwirtschaftliche Marktregulierung und staatliche Interessenpolitik. Das Internationale Stickstoffkartell 1929–1939, in: Harm G. Schröter, Clemens A. Wurm (Hrsg.), Politik, Wirtschaft und internationale Beziehungen. Studien zu ihrem Verhältnis in der Zeit zwischen den Weltkriegen (Mainz 1991) 130.

⁴³ William J. Reader, Imperial Chemical Industries. A History. Vol. II. The First Quarter Century 1926–1952 (London 1975) 183 ff. Für die IG Farben stellte nach Plumpe das Kartell aus der Perspektive seiner Vorgeschichte und der ursprünglichen Interessen der IG „nur die drittbeste Lösung dar“ – nach Freihandel und dem ungehinderten Wiederaufbau von Tochtergesellschaften, Lösungen, die in den westlichen Industriestaaten nach dem Krieg angesichts des Strebens nach Farbstoffautarkie nicht oder nur mehr begrenzt zur Verfügung standen; Plumpe, I.G. Farbenindustrie 199. Zu internationalen Kartellvereinbarungen als eher defensiver Marktstrategie der IG Farben siehe auch Harm G. Schröter, Europe in the Strategies of Germany's Electrical Engineering and Chemical Trusts, 1919–1939, und Peter Hayes, The European Strategies of IG Farben, 1925–45, beide in: Volker R. Berghahn (Hrsg.), Quest for Economic Empire. European Strategies of German Big Business in the Twentieth Century (Providence, Oxford 1996) 35–54 und 55–64.

wie die Ets. Kuhlmann und ihr Vorsitzender René Duchemin zu den Verfechtern einer deutsch-französischen wirtschaftlichen und politischen Annäherung, wenngleich weitergehende Schritte der Zusammenarbeit zwischen beiden Unternehmen über Kapitalverflechtungen bis hin zur Bildung eines gemeinsamen Marktes (nach den Planungen der IG Farben) nicht realisiert wurden. Bosch und Duchemin waren wie Louis Marlio Mitglieder des 1926 von dem luxemburgischen Industriellen und Vorsitzenden des ARBED-Konzerns, Emile Mayrisch, ins Leben gerufenen Deutsch-Französischen Studienkomitees⁴⁴. Das Studienkomitee setzte sich die politische, wirtschaftliche und kulturelle Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich zum Ziel. In dem Komitee war die chemische Industrie neben der Schwerindustrie und der elektrotechnischen Industrie besonders stark vertreten. Duchemin war gleichzeitig Vorsitzender des französischen Unternehmerverbandes Confédération Générale de la Production Française (CGPF).

Ein ähnliches Muster wie bei Farbstoffen läßt sich bei *Stickstoff* beobachten. Stickstoff wurde sowohl für die Düngung landwirtschaftlicher Flächen als auch für die Herstellung von Sprengstoff benötigt. Für die Erzeugung von Schießpulver und Sprengstoff war Salpeter unerlässlich. Salpetersäure konnte sowohl aus Nitraten (Chilesalpeter) und synthetisch, etwa auf dem Wege des Haber-Bosch-Verfahrens zur Herstellung von Ammoniak, gewonnen werden. Das vor dem Ersten Weltkrieg entwickelte Haber-Bosch-Verfahren galt als Pionierarbeit der BASF und wurde bald das meistverwendete Verfahren zur Ammoniakherstellung. Weltgrößter Hersteller von synthetischem Stickstoff war das von der IG Farben beherrschte Deutsche Stickstoffsyndikat. Im Vergleich zur deutschen war die französische Stickstoffindustrie zersplittert, technologisch rückständig und viel kleiner. Versuche, einen einheitlichen oder führenden nationalen Chemiepool wie in Deutschland (IG Farben) oder Großbritannien (ICI) zu schaffen, sind in Frankreich während der Zwischenkriegszeit gescheitert.

Wie bei Farbstoffen strebte die französische Regierung seit dem Ersten Weltkrieg aus sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Gründen nationale Selbstversorgung auch bei Stickstoff an. Insbesondere das Kriegsministerium, das von der Hypothese eines erneuten Krieges mit Deutschland ausging, verlangte Schutz gegenüber der deutschen Konkurrenz und einen raschen und starken Ausbau der Kapazitäten „at any price and by any means“⁴⁵. Auch das Landwirtschaftsministerium stimmte in den nationalistischen Diskurs ein, wenngleich aus anderen Motiven: Frankreich muß in der Lage sein, sich im Kriege zu ernähren und die führende Exportnation bei landwirtschaftlichen Produkten werden, in Friedenszeiten ein Unterpfand von Macht. Mit dem von der Regierung nach langen und kontroversen Beratungen 1924 gegründeten Office National Industriel de l'Azote (ONIA) war der französische Staat direkt in die Stickstoffproduktion involviert. Beträchtliche finanzielle Mittel wurden in den Aufbau der staatlichen Werke in

⁴⁴ Fernand L'Huillier, *Dialogues franco-allemands 1925–1933* (Strasbourg 1971).

⁴⁵ Emmanuel Chadeau, *International Cartels in the Interwar Period: Some Aspects of the French Case*, in: Kudo, Hara (Hrsg.), *International Cartels* 105.

Toulouse investiert, die zunächst große technische und praktische Probleme zu bewältigen hatten. Die französische Regierung (und damit die ONIA) hatte mit dem nach den Vertragspartnern benannten Bosch-Loucheur-Vertrag vom November 1919 das Monopol für die Herstellung stickstoffhaltiger Produktion nach dem Haber-Bosch Verfahren erworben, ohne jedoch über das Know-how für die Anwendung zu verfügen. Ende der zwanziger Jahre produzierten die Werke in Toulouse 25–30% der Ammoniak-Synthese in Frankreich. Bei Saint-Gobain, selbst ein bedeutender Hersteller stickstoffhaltiger Produkte, stieß das staatliche Engagement auf Mißtrauen, Unverständnis und Ablehnung. Die Werke in Toulouse betrachteten das Unternehmen als staatlichen Gigantismus und „folie“⁴⁶.

Die Regulierung des Weltstickstoffmarktes erfolgte in Etappen. Die entscheidenden Schritte erfolgten im Schatten der Weltwirtschaftskrise. Sie war die Antwort auf den weltweiten Ausbau der Kapazitäten, den Trend zur Überproduktion ab Mitte der zwanziger Jahre und den beschleunigten Preisverfall ab 1927. In der großen Krise machte der Verbrauch von Stickstoff 1930 weltweit nur mehr 30% der Produktionskapazitäten einschließlich Chile aus⁴⁷. Auch bei Stickstoff ging die Initiative zur internationalen Kartellierung von der deutschen Industrie (IG Farben) aus, die mit einem Anteil von 47% an der Weltstickstoffproduktion im Jahr 1927 am stärksten von dieser Entwicklung betroffen war⁴⁸. Im Anschluß an die 1929 zwischen ICI einerseits, der Deutsch-Norwegischen Gruppe andererseits erzielten Übereinkunft wurde zum 1. Juli 1930 der Vertrag über die Convention de l'Industrie de L'Azote (CIA) geschlossen, die neben Deutschland auch Frankreich einschloß. Die CIA beruhte auf dem Heimatmarktprinzip und lief praktisch auf ein weltweites Exportkartell hinaus. Im Unterschied zum internationalen Farbenkartell, dessen Kern die deutsch-französische Gruppe bildete, wurde das Stickstoffkartell von der deutsch-englisch-norwegischen Gruppe (sog. DEN-Gruppe) beherrscht. Dem französischen Anschluß an das Stickstoff-Kartell war in Frankreich ein komplizierter Ausgleich zwischen sicherheitspolitischen, landwirtschaftlichen und industriellen Interessen vorausgegangen. Als 1931 ein allgemeiner Preiskrieg einsetzte, brach die CIA auseinander. Auch Frankreich schied aus dem Kartell aus. Der Import von Stickstoffprodukten wurde ab 1931 von Frankreich über Lizenzen und Kontingente geregelt.

Indirekt arbeiteten deutsche und französische Interessen seit 1927 bei der norwegischen Stickstoffgesellschaft Norsk Hydro (NH) zusammen. Nach dem Vertrag zwischen der NH und der IG Farben vom 18. 10./12. 11. 1927 überließ die IG der NH ihr Syntheseverfahren zur Herstellung von Ammoniak und ihre Düngemitteltechniken. An technischer Hilfe war der NH, die mit einem anderen Verfahren arbeitete, besonders gelegen. Die IG übernahm 25% des NH Kapitals im Austausch gegen etwa 2% des IG Kapitals und sicherte der NH eine feste Quote beim

⁴⁶ Jean-Pierre Daviet, *Un destin international. La Compagnie de Saint-Gobain de 1830 à 1939* (Paris 1988) 479–504 (Zitat 500); *ders.*, *Une multinationale à la française. Histoire de Saint-Gobain 1665–1989* (Paris 1989) 187 ff.

⁴⁷ Daviet, *Un destin international* 503.

⁴⁸ Plumpe, *I.G. Farbenindustrie* 232.

Export zu. Die NH übertrug ihr Exportgeschäft auf das Deutsche Stickstoffsyndikat. Nur dort, wo es aus übergeordneten staatspolitischen Interessen opportun schien, konnte die NH weiter direkt verkaufen. Die Ausnahmen waren Frankreich und Polen⁴⁹.

Die Verständigung zwischen der IG Farben und der NH ist im Zusammenhang mit dem etwa zeitgleich abgeschlossenen Farbenabkommen zwischen der IG Farben und der CMC zu sehen. Über die Verhandlungen zwischen IG Farben und NH wurden das französische Kriegsministerium und Ministerpräsident Poincaré von der Banque de Paris et des Pays Bas (Paribas) auf dem laufenden gehalten. Die französischen Interessen an der NH waren erheblich. Paribas hatte vor dem Ersten Weltkrieg beträchtliche Anteile an der NH erworben. Der Verwaltungsrat der NH umfaßte drei französische Mitglieder von insgesamt sieben⁵⁰. Paul Painlevé, Kriegsminister 1925–1929 und Naturwissenschaftler (Mathematiker), widmete technologischen Entwicklungen – besonders im Chemiebereich und in Deutschland – mit ihren potentiellen Auswirkungen auf die nationale Verteidigung besondere Aufmerksamkeit⁵¹.

III.

Ordnet man die deutsch-französischen Kartelle in die internationalen Kartelle der Zeit ein, liegt ihre Besonderheit nicht oder weniger in ihrem Umfang – die Zwischenkriegszeit war ganz generell die Blütezeit der internationalen Kartelle –, eher schon in ihrer (außen-)politischen Qualität. Internationale Kartellvereinbarungen wurden von den Regierungen beider Länder gefördert. Sie entlasteten die bilateralen Beziehungen, ermöglichten die Regelung strittiger Fragen, die auf direktem politischem Wege nicht oder nur schwer lösbar waren und erleichterten den Handelsvertrag von 1927. Sie wurden mit Erwartungen befrachtet, die sie nicht erfüllen konnten. Die Bilanz von Loucheurs Feldzug, internationale Kartelle zum Eckstein einer europäischen Handelsordnung zu machen, fiel bereits am Vorabend der Weltwirtschaftskrise ernüchternd aus. In Frankreich wie in Deutschland hatten protektionistische Kräfte an Gewicht gewonnen. Zur Liberalisierung des Handels taugten internationale Kartelle nicht. Sie machten Zölle nicht über-

⁴⁹ Harm G. Schröter, Privatwirtschaftliche Marktregulierung, in: Schröter, Wurm (Hrsg.), Politik, Wirtschaft und internationale Beziehungen 120–21; Plumpe, I.G. Farbenindustrie 234.

⁵⁰ Eric Bussière, Entre la banque mixte et la banque d'affaires: La Banque de Paris et des Pays-Bas et sa stratégie industrielle 1900–1930, in: *Entreprise et Histoire*, No. 2 (1992) 49–64; Schreiben Horace Finaly vom 27. 8. 1927 an Painlevé und Aufzeichnungen (Note sur la Société Norvégienne de l'Azote) vom 16. 5. 1927 und 22. 8. 1927; Nachlaß Painlevé, AN, 313 AP 181.

⁵¹ Vgl. Wurm, Sicherheitspolitik; Zeugnisse im Nachlaß Painlevé, AN, 313 AP.

flüssig, wie Loucheur annahm. Zölle waren im Gegenteil „der Kitt“, der die Kartellabmachungen zusammenhielt⁵².

Die deutsch-französischen Kartelle erfaßten militärisch sensible, für die nationale Sicherheit wichtige Sektoren und Produkte. Sie reservierten den Unternehmen den heimischen Markt, schützten in Frankreich strategische Industrien vor deutscher Konkurrenz und legten Quoten fest (Stahl). Sie spiegelten die Unterschiede im industriellen Entwicklungsniveau beider Länder und trugen dem französischen Bedürfnis nach (wirtschaftlicher) Sicherheit vor Deutschland Rechnung.

Internationale Kartelle erlaubten es, divergierende oder gegensätzliche nationalstaatliche Ziele und Strategien der Regierungen im eigenen Land mit gemeinsamem Vorgehen der Unternehmen auf Drittmärkten zu verbinden. Binnen- und Außenfunktion der Kartelle wurden zunehmend voneinander geschieden. Ein gemeinsamer Markt wurde mit und von den deutsch-französischen Kartellen nicht angestrebt. Er sollte – von Seiten Frankreichs nicht zuletzt aus sicherheitspolitischen Erwägungen – umgekehrt gerade verhindert werden. Hier liegt ein grundlegender Unterschied zum Schuman-Plan, zur Montanunion und zur westeuropäischen Integration vor.

⁵² *Max Schlenker*, Die Eisenindustrie in der Welt unter besonderer Berücksichtigung des internationalen Eisenpaktes (Kieler Vorträge 18, Jena 1927) 33 (Schlenker war Geschäftsführer der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller).